



## Niederschrift

### 68. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 29.11.2017  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:40 Uhr  
**Ort, Raum:** R. 280 a, Stadthaus

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

##### Ausschussmitglieder

Herr Arndt Sändig	DIE aNDERE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	Teilnahme bis 18:30 Uhr
Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	
Herr Peter Schultheiß	SPD	
Herr Kai Weber	SPD	
Herr Matthias Finken	CDU/ANW	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	Teilnahme ab 17:15 Uhr
Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	
Herr Dennis Hohloch	AfD	Teilnahme ab 17:15 Uhr

##### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:05 Uhr
Herr David Kolesnyk	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Marcus Krause	SPD	entschuldigt
Herr Günter Anger	CDU/ANW	entschuldigt

#### Schriftführer:

Michel Duhn, Büro der Stadtverordnetenversammlung

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
15.11.2017
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Mustergesellschaftsvertrag  
Vorlage: 17/SVV/0037  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.2 Mustergesellschaftsvertrag  
Vorlage: 17/SVV/0763  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
  - 3.3 Kunstrasenplatz Nowawiese  
Vorlage: 17/SVV/0286  
Fraktion DIE aNDERE  
B/Sp. am 21.11.2017 auf TO
  - 3.4 Verkauf kommunaler Grundstücke in Erbbaupacht  
Vorlage: 17/SVV/0622  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.5 Strategieplanung zur Entwicklung des Ländlichen Raums von Potsdam  
Vorlage: 17/SVV/0687  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
  - 3.6 Digitale Transformation der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 17/SVV/0767  
Fraktion CDU/ANW
  - 3.7 Senkung der Grunderwerbssteuer  
Vorlage: 17/SVV/0783  
Fraktion CDU/ANW
  - 3.8 Potsdamer Seesportclub  
Vorlage: 17/SVV/0799  
Fraktion SPD
  - 3.9 Moratorium für Seesportclub und Strandbad Babelsberg  
Vorlage: 17/SVV/0818  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.10 Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche  
Feuerwehrangehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt  
Potsdam  
Vorlage: 17/SVV/0806  
Oberbürgermeister, FB Feuerwehr
  - 3.11 Arbeitsgremium "StadtTeilHaus Scholle 34"  
Vorlage: 17/SVV/0846  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

- 4 Verständigung zur Einwohnerfragestunde
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Ergebnis des Prüfauftrags zur ÖPNV-Anbindung in den nördlichen Ortsteilen gemäß Beschluss: 17/SVV/0623
- 5.2 Sponsoringbericht der Landeshauptstadt Potsdam 2015/2016  
Vorlage: 17/SVV/0808  
Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern
- 5.3 Bericht zur Korruptionsprävention 2016  
Vorlage: 17/SVV/0897  
Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt
- 5.4 Bericht zur Neubesetzung des Wirtschaftsrates
- 6 Sonstiges

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.11.2017
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Öffentlicher Dienstleistungsauftrag im üÖPNV sowie Betrauungsakt für das Betreiben der Fähre F1 auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 17/SVV/0851  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Personalangelegenheit
- 10 Sonstiges

### **Niederschrift:**

#### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

**zu 2      Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung  
vom 15.11.2017**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

**Zurückzustellen ist:**

- der **Tagesordnungspunkt 3.3, Kunstrasenplatz Nowawiese, DS 17/SVV/0286**

**Zu ergänzen ist:**

- Unter **6., Sonstiges**, sollen Sachstandsberichte zu folgenden Themen gegeben werden:
  - o Umsetzung des Beschlusses zum „Mentoring-Programm für Fachbereichsleiterinnen“
  - o Biosphärenworkshop
  - o Montelino
  - o Ribbecke
  - o Vergabeverfahren Brauhausberg

**Rederechte:**

- **Herr von Jagow und Frau Stockhaus, Potsdamer Seesportclub**, beantragen Rederecht **zum TOP 3.8**, Potsdamer Seesportclub. Dem Rederecht wird mit Stimmenmehrheit **zugestimmt**.
- **Herr Leutert, Sportboot-Club „Havelland“ e.V.**, beantragt Rederecht **zum TOP 3.8**, Potsdamer Seesportclub. Dem Rederecht wird mit Stimmenmehrheit **zugestimmt**.
- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt für **Frau Anette Paul** Rederecht **zum TOP 3.11**, Arbeitsgremium "StadtTeilHaus Scholle 34". Dem Rederecht wird mit Stimmenmehrheit **zugestimmt**.

**Änderungen in der Reihenfolge:**

- Der **Tagesordnungspunkt 3.11, Arbeitsgremium „StadtTeilHaus Scholle 34“** soll auf Wunsch von Frau Armbruster zu Beginn der Sitzung behandelt werden.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 67. Sitzung des Hauptausschusses vom 15.11.2017 liegt als Tischvorlage vor und soll in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 13.12.2017 bestätigt werden.

### zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### zu 3.11 **Arbeitsgremium "StadtTeilHaus Scholle 34"**

**Vorlage: 17/SVV/0846**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Der Oberbürgermeister eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Frau Paul. Sie erklärt, dass man mit dem Konzept für das Nachbarschaftszentrum in einigen Punkten nicht vorankomme. Auch die Betreibersuche gestalte sich als schwierig, da die SPSG, als Eigentümer des Gebäudes, nur einen Nutzungsvertrag mit Nießbrauchrecht und keinen Pachtvertrag ausstellen möchte bzw. kann. Bedingt dadurch sei es auch schwer, an dringend benötigte, finanzielle Hilfe zu kommen. Derzeit sei das Dach des Gebäudes undicht und wurde von Freiwilligen notdürftig abgedichtet. Sie bittet, um Hilfe bei den Verhandlungen mit der SPSG.

Der Oberbürgermeister bedankt sich für den Redebeitrag und ergänzt, dass sowohl die Örtlichkeit, als auch die derzeitige Problemlage bekannt sei.

Frau Armbruster hebt noch einmal die Notwendigkeit eines gemeinsamen Arbeitsgremiums hervor. Alle Beteiligten müssen sich gemeinsam darum bemühen, den Vertrag mit 40-jährigem Nießbrauchrecht zu sichern. Sie regt an, zusätzlich zu den genannten Bereichen noch den Geschäftsbereich für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung zu ergänzen.

Frau Dr. Schröter spricht sich für den Antrag aus. Es müsse sich jedoch erst herausstellen, wie schlagkräftig das Arbeitsgremium am Ende sein wird. Neben der vertraglichen Sicherung müsse auch noch die finanzielle Frage geklärt werden.

Frau Auel, Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport, berichtet darüber, dass bereits Gespräche mit dem Stadtteilnetzwerk Potsdam West e.V. geführt wurden. Dabei wurde vordergründig beraten, in welche Richtung sich das Projekt entwickeln solle.

Im Anschluss daran stellt der Oberbürgermeister den Antrag zur Abstimmung.

#### **Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, noch in 2017 ein Arbeitsgremium einzuberufen, welches die rechtlichen Rahmenbedingungen festlegt, die für die Nutzung des Gebäudes Geschwister-Scholl-Straße 34 als zukünftiges Nachbarschaftszentrum vonnöten sind.**

**In dem Arbeitsgremium zur Vorbereitung eines Nutzungs- und Sanierungsvertrages sollten mitwirken:**

- **GB 2**
- **GB 4**
- **AWO**
- **SPSG**
- **Stadtteilnetzwerk**

**Die Stadtverordnetenversammlung ist über die Umsetzung auf dem Laufenden zu halten.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.1 Mustergesellschaftsvertrag**  
**Vorlage: 17/SVV/0037**  
Fraktion DIE LINKE

Zu Beginn verständigen sich die Mitglieder des Hauptausschusses darauf, den Tagesordnungspunkt 3.1, Mustergesellschaftsvertrag, DS 17/SVV/0037 zusammen mit der Mitteilungsvorlage 3.2, Mustergesellschaftsvertrag, DS 17/SVV/0763 zu behandeln.

Herr Dr. Scharfenberg erklärt, der Antrag habe das Ziel kommunale Unternehmen so schlagkräftig wie möglich zu machen und das der positive Einfluss der Unternehmen gesteigert werden solle. Hierzu soll der Einfluss der Stadtverordneten verstärkt werden. Es sei geplant, die Rechte des Gesellschafters zu Rechten des Aufsichtsrates zu machen. Er schlägt vor, ein gemeinsames Fachgespräch u. a. mit dem Gutachter der Verwaltung, dem Anwalt der Landeshauptstadt Potsdam sowie dem Städte- und Gemeindebund und dem Verband kommunaler Unternehmen zu veranstalten. Dieses Gespräch soll den Mitgliedern des Hauptausschusses ebenfalls zugänglich sein. Die Ergebnisse des Fachgespräches sollen dann in die Überarbeitung des Mustergesellschaftsvertrages mit einfließen.

Herr Jetschmanegg, der Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, berichtet darüber, dass derzeit eine klare Arbeitsteilung zwischen dem Gesellschafter und den Aufsichtsräten existiere. Der Gesellschafter steuert übergreifend alle Unternehmen gleichermaßen, während es für jedes Unternehmen einen separaten Aufsichtsrat gebe. Er fügt hinzu, dass kommunale Unternehmen nicht auf Gewinnmaximierung ausgerichtet seien, sondern der Daseinsvorsorge nachkommen sollen. Die derzeitige Aufgabenteilung habe sich in der Praxis bewährt und wurde auch bereits von externen Prüfern für gut befunden.

Herr Schüler schließt sich den Ausführungen von Herrn Jetschmanegg an. Die Aufgabensteuerung solle nicht durch den Aufsichtsrat, sondern durch den Gesellschafter erfolgen. Er bemängelt die bisher unzureichende Beteiligungssteuerung und regt an diese zu verbessern.

Herr Heuer spricht sich für die Idee aus, ein Fachgespräch durchzuführen.

Herr Sändig unterstützt diese Idee ebenfalls. Das Problem liege jedoch darin, dass kleinere Fraktionen nicht in den Aufsichtsräten vertreten seien und so die Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht kontrollieren könnten.

Der Oberbürgermeister befürwortet diesen Verfahrensvorschlag, die Hauptausschussmitglieder und die entsprechenden Fachleute zu einem Gespräch einladen.

Im Anschluss daran wird der Verfahrensvorschlag zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

Die Vorlage wird daraufhin vorerst zurückgestellt.

**zu 3.2 Mustergesellschaftsvertrag**  
**Vorlage: 17/SVV/0763**  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

zurückgestellt.

**zu 3.3 Kunstrasenplatz Nowawiese**  
**Vorlage: 17/SVV/0286**  
Fraktion DIE aNDERE

zurückgestellt.

**zu 3.4 Verkauf kommunaler Grundstücke in Erbbaupacht**  
**Vorlage: 17/SVV/0622**  
Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister führt in die Vorlage ein und empfiehlt, mit der Zustimmung des Antragstellers, die geänderte Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 14.11.2017 zur Abstimmung zu stellen. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

**Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Dem Verkauf von Grundstücken, die sich in städtischem Besitz oder im Besitz städtischer Gesellschaften befinden, ist die Prüfung von Möglichkeiten der Vergabe in Erbbaupacht voranzustellen.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung im ~~November 2017~~ **März 2018** ein geeignetes Verfahren vorzuschlagen, wie dieses Anliegen unter Einbeziehung der Stadtverordneten umgesetzt werden kann.

**sowie Änderung des Betreffs: Verkauf Vergabe kommunaler Grundstücke in Erbbaupacht**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.5 Strategieplanung zur Entwicklung des Ländlichen Raums von Potsdam**  
**Vorlage: 17/SVV/0687**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und berichtet über die durchweg

positiven Voten der beratenden Gremien. Er empfiehlt die geänderte Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 14.11.2017 zur Abstimmung zu stellen. Der Fachausschuss habe sich intensiv mit dem Thema befasst und beraten. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Schüler hinterfragt die Verbindlichkeit des Konzeptes, da bereits jetzt einige Projekte nicht mehr gültig seien.

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, erklärt, dass es sich um ein informelles Planwerk handele, welches fortgeschrieben und angepasst werde. Dies sei erforderlich und gewünscht.

**Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Die gemäß DS 14/SVV/0999 aufgestellte Strategieplanung zur Entwicklung des Ländlichen Raums von Potsdam bildet - eingebunden in die städtische Gesamtplanung - den Rahmen für das künftige Verwaltungshandeln.

In diesem Zusammenhang stellen die darin enthaltenen Maßnahmen auch die Grundlage für die weitere Mobilitätsentwicklung im Ländlichen Raum der Landeshauptstadt Potsdam entsprechend DS 15/SVV/0672 dar.

Einschließlich folgender Ergänzung

**Für den Ortsteil Eiche ist ein Maßnahmesteckbrief zur Schaffung eines Fußweges vom Wohngebiet Eiche II zum großen Düsteren Teich zu ergänzen. Dieser Fußweg dient der umweltfreundlichen Mobilität und der Stärkung der Naherholung / Tourismus.**

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.6 Digitale Transformation der Landeshauptstadt Potsdam**  
**Vorlage: 17/SVV/0767**  
Fraktion CDU/ANW

Herr Finken bringt den Antrag ein. Mit diesem Antrag soll geprüft werden, welche EU-Fördermittel für die Landeshauptstadt Potsdam nutzbar sind.

Der Oberbürgermeister spricht sich für den Antrag aus und sagt zu, einen Sachstandsbericht in Form einer Mitteilungsvorlage für die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2018 vorzubereiten.

**Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Prüfung der Eignung der Landeshauptstadt Potsdam für eine Förderung durch das EU-Programm Horizont 2020 oder ein anderes EU-Pilotprojekt durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.



### zu 3.7 **Senkung der Grunderwerbssteuer**

**Vorlage: 17/SVV/0783**

Fraktion CDU/ANW

Der Oberbürgermeister berichtet darüber, dass dieser Antrag im Ausschuss für Finanzen nicht behandelt worden sei.

Herr Finken bringt die Vorlage ein. Das Land habe die Grunderwerbssteuer erhöht und brauche diese Mehreinnahmen gar nicht. Die Stadt Potsdam könne mit Beschluss dieses Antrages ein Signal an die Landesregierung senden.

Herr Exner, der Beigeordnete für Zentrale Steuerung und Finanzen, erklärt, dass die Gewerbesteuer eine Landesangelegenheit sei. Erst seit einigen Jahren haben die Kommunen die Entscheidungskompetenz über den Hebesatz. Er empfiehlt, sich nicht in diese landespolitische Angelegenheit einzumischen und rät daher zur Ablehnung dieses Antrages.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich ebenfalls dafür aus, den Antrag abzulehnen. Die Kommunen seien darüber hinaus mit 20% an den Einnahmen des Landes beteiligt.

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,  
bei 3 Ja-Stimmen  
und 2 Stimmenthaltungen.

### zu 3.8 **Potsdamer Seesportclub**

**Vorlage: 17/SVV/0799**

Fraktion SPD

Zu Beginn verständigen sich die Mitglieder des Hauptausschusses darauf, den Tagesordnungspunkt 3.8, Potsdamer Seesportclub, DS 17/SVV/0799 zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 3.9, Moratorium für Seesportclub und Strandbad Babelsberg, DS 17/SVV/0818 zu behandeln.

Für diesen Tagesordnungspunkt wird Frau Armbruster von Frau Hüneke vertreten.

Der Oberbürgermeister übergibt das Wort an Herrn von Jagow (Vereinsvorsitzender) und Frau Stockhaus (stellv. Vereinsvorsitzende) vom Potsdamer Seesportclub.

Gemeinsam berichten sie darüber, dass der Potsdamer Seesportclub e. V. derzeit 128 Mitglieder habe und vor allem im Kinder- und Jugendbereich stark vertreten sei. Neben dem Seesport gebe es auch eine Motorbootabteilung. Auch sei dem Verein eine Anbindung an Babelsberg sehr wichtig, da der Standort eine Wassersporttradition habe.

Der Vertrag mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) laufe am 31.12.2017 aus und die SPSG habe bereits einen Termin für die Schlüsselübergabe vorbereitet. Die Ungewissheit über die Zukunft wirke sich stark auf das Vereinsleben aus. Alle Mitglieder seien um ihren Verein besorgt und bitten darum gemeinsam eine Lösung zu finden.

Im Anschluss wird Herrn Leutert, dem Vorsitzenden des Sportboot-Club Havelland Potsdam e. V., das Wort erteilt. Sein Verein habe die Probleme zwischen der SPSG und dem Potsdamer Seesportclub e. V. erkannt.

Er spricht sich für den, von Frau Hüneke vorgeschlagenen, Lösungsweg aus. Man könne beide Vereine zusammenführen und gemeinsam das Gelände seines Vereins am Ufer des Zentrums Ost nutzen. Es wäre auch möglich dort gemeinsam ein Jugendwassersportzentrum zu gründen. So könne der Wassersportstandort auch für die Zukunft gefestigt und entwickelt werden.

Herr Kolesnyk fasst zusammen, dass beide Anträge inhaltlich identisch seien und das man in Ruhe nach einer für alle Seiten positiven Lösung suchen solle.

Herr Dr. Scharfenberg schließt sich dem an. Es gehe darum Zeit zu gewinnen und dem Seesportverein und dem Strandbad eine dauerhafte Grundlage zu geben.

Frau Hüneke bringt anschließend folgenden Änderungsantrag ein:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Maßnahmen zu prüfen:*

- 1. Grundstücksbereinigung und -tausch zwischen der SPSG und der LHP (Stadtbad) sowie eine damit verbundene Investition der Stadt in dem nach Südwesten verschobenen Areal am Babelsberger Park.*
- 2. Ansiedlung des Seesportclubs in einer gemeinsamen Nutzung des Ufers am Zentrum Ost mit dem dort ansässigen Sportbootclub Havelland Land den Anglerverein im Sinne einer Verstetigung für alle.*
- 3. Daneben ist zu prüfen und mit allen ansässigen Vereinen zu beraten, ob die Idee eines Jugendwassersportzentrums am Standort südwestlich der Humboldtbrücke entwickelt werden kann und welche Fördermöglichkeiten bestehen.*

*Die Ziele bestehen darin, zugleich dem Gartendenkmal Babelsberger Park zu entsprechen, die Erholungsnutzung durch das Schwimmbad zu qualifizieren und eine nachhaltige Lösung für die Jugendarbeit des Seesportclubs zu finden.*

*Für diese Prüfaufträge sind die jeweils angesprochenen Organisationen einzubeziehen und mit ihnen --in einem vom Büro für Bürgerbeteiligung moderierten Workshop-- gemeinsam nach einer dauerhaften Lösung zu suchen. Grundlage bilden die bestehenden Rechtsgrundlagen sowie der konkrete Raumbedarf für die Jugendarbeit des Seesportclubs (Bootshaus, Freigelände, Uferzugang).*

*Vor dem Hintergrund dieses Beschlusses ist eine jährliche Verlängerung für den Seesportclub bis max. 3 Jahre mit der SPSG zu verhandeln.*

*Der Stadtverordnetenversammlung ist im Februar 2018 Bericht zu erstatten.*

Sie schlägt vor, einen fachübergreifenden Workshop für die Erarbeitung einer detaillierten Lösung durchzuführen.

Der Oberbürgermeister berichtet über die bereits erfolgten Gespräche mit den verschiedenen Akteuren. Er ist überzeugt, dass eine Problemlösung nur gelingt, wenn die Interessen aller Beteiligten hinreichend gesichert seien. Eine detaillierte Lösung bis zum Vertragsende am 31.12.2017 könne mit großer

Wahrscheinlichkeit nicht realisiert werden. Alle Betroffenen seien jedoch bemüht eine Grundsatzverfahrensregelung zu erarbeiten und noch in diesem Jahr abzuschließen. Im Hauptausschuss am 13.12.2017 könne ein Zwischenstand über die geführten Gespräche gegeben werden. Ziel sei es, dem Stiftungsrat einen Vereinbarungsentwurf am 20.12.2017 vorzulegen.

Die, in Frau Hünekes Änderungsantrag, vorgestellte Idee sei bereits 2011 vorgestellt worden und war auch damals nur eine mögliche Option.

Herr Finken spricht sich für die beiden ursprünglichen Anträge aus.

Herr Kirsch gibt zu bedenken, dass es sich um einen gültigen Vertrag handele, welcher zum 31.12.2017 auslaufe. Es sei keine Option dieses Ablaufdatum zu ignorieren und sich darüber hinweg zusetzen. Daher lehne er den Antrag der SPD ab.

Herr Schüler stimmt dem zu. Verträge seien einzuhalten. Die von Frau Hüneke eingebrachte Änderung sei als weitere Option anzusehen. Er bittet darum, diese mit einzubeziehen.

Herr Sändig schlägt vor die Bedarfe gegeneinander abzuwiegen. Der Bedarf am Erhalt des Strandbades stehe außer Frage und der des Sportvereins sei durch die Redebeiträge gut dargestellt worden. Nur der Bedarf an der Wiederherstellung eines historischen Rundweges durch die SPSG sei noch nicht ausreichend belegt worden.

Herr Kolesnyk könne den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen übernehmen, wenn der Satz: *„Vor dem Hintergrund dieses Beschlusses ist eine jährliche Verlängerung für den Seesportclub bis max. 3 Jahre mit der SPSG zu verhandeln.“* gestrichen werde. Mit diesem Vorgehen erklärt sich Frau Hüneke einverstanden.

Der Oberbürgermeister stellt anschließend den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur DS 17/SVV/0799 mit der Streichung des Satzes: *„Vor dem Hintergrund dieses Beschlusses ist eine jährliche Verlängerung für den Seesportclub bis max. 3 Jahre mit der SPSG zu verhandeln.“* zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit Stimmenmehrheit **angenommen**,  
bei einer Gegenstimme  
und 4 Stimmenthaltungen.

Im Anschluss wird die so geänderte Gesamtfassung zur Abstimmung gestellt.

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Maßnahmen zu prüfen:**

- 1. Grundstücksbereinigung und -tausch zwischen der SPSG und der LHP (Stadtbad) sowie eine damit verbundene Investition der Stadt in dem nach Südwesten verschobenen Areal am Babelsberger Park.**
- 2. Ansiedlung des Seesportclubs in einer gemeinsamen Nutzung des Ufers am Zentrum Ost mit dem dort ansässigen Sportbootclub Havelland Land den Anglerverein im Sinne einer Verstetigung für**

- alle.
3. Daneben ist zu prüfen und mit allen ansässigen Vereinen zu beraten, ob die Idee eines Jugendwassersportzentrums am Standort südwestlich der Humboldtbrücke entwickelt werden kann und welche Fördermöglichkeiten bestehen.

Die Ziele bestehen darin, zugleich dem Gartendenkmal Babelsberger Park zu entsprechen, die Erholungsnutzung durch das Schwimmbad zu qualifizieren und eine nachhaltige Lösung für die Jugendarbeit des Seesportclubs zu finden.

Für diese Prüfaufträge sind die jeweils angesprochenen Organisationen einzubeziehen und mit ihnen --in einem vom Büro für Bürgerbeteiligung moderierten Workshop-- gemeinsam nach einer dauerhaften Lösung zu suchen. Grundlage bilden die bestehenden Rechtsgrundlagen sowie der konkrete Raumbedarf für die Jugendarbeit des Seesportclubs (Bootshaus, Freigelände, Uferzugang).

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Februar 2018 Bericht zu erstatten.

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen,  
bei einer Gegenstimme.

**zu 3.9 Moratorium für Seesportclub und Strandbad Babelsberg**  
**Vorlage: 17/SVV/0818**  
Fraktion DIE LINKE

Die Drucksache (DS) 17/SVV/0818 wurde zusammen mit der DS 17/SVV/0799 eingebracht und beraten.

Der Antrag wurde in der neuen Fassung der Fraktion DIE LINKE vom 07.11.2017 zur Abstimmung gestellt.

**Der Hauptausschuss beschließt:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) kurzfristig eine Verständigung anzustreben, dass bis zur Klärung des künftigen Standorts des Strandbades Babelsberg die Nutzung des Vereinsgeländes durch den Seesportclub weiter möglich wird.

Es ist eine Lösung anzustreben, die sowohl dem Strandbad als auch dem Seesportclub einen dauerhaften Verbleib am Standort sichert.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einem Grundstückstausch mit der SPSG im Babelsberger Park nur dann zuzustimmen, wenn eine solche Lösung vereinbart wurde.

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen,  
bei einer Stimmenthaltung.

**zu 3.10    Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 17/SVV/0806**

Oberbürgermeister, FB Feuerwehr

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und berichtet über die durchweg positiven Rückmeldungen aus den anderen Gremien.

Herr Schubert, Beigeordneter für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, betont, dass es sich um eine Entschädigungssatzung handelt und nicht um eine Art Gehalt oder Honorar. Neben den Zahlungen nach der Entschädigungssatzung würden auch jetzt schon weitere geldwerte Leistungen erbracht, die andere Kommunen nicht leisten. Alle Inhalte der Satzung wurden darüber hinaus gemeinsam mit den Freiwilligen Feuerwehren abgestimmt.

Herr Hülsebeck, Fachbereichsleiter Feuerwehr, fügt ergänzend hinzu, dass durch die geldwerten Leistungen und die Entschädigung der neuen Satzung jedes Mitglied der freiwilligen Feuerwehr einen Betrag von ca. 200,00 € pro Jahr erhalten würde. Damit sei Potsdam im Mittelfeld. Entgegen dem Änderungsvorschlag aus dem Ortsbeirat Grube habe man sich bewusst für eine pauschale Entschädigung entscheiden, um möglichem Unfrieden vorzubeugen.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich für eine Erhöhung des Pauschalbetrages aus und bringt folgenden Änderungsantrag ein:

*Der § 2 der Satzung wird wie folgt geändert:*

*Jedes am Einsatz- und Übungsdienst teilnehmende (aktive) und ordentlich gemeldete Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr erhält pro Jahr eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 100,00 EUR für Zeitverlust und mit der ehrenamtlichen Tätigkeit zusammenhängenden Aufwendungen.*

Herr Rietz gibt zu bedenken, dass aus seiner Sicht der Beschlusstext nicht schlüssig mit der Begründung in Zusammenhang zu bringen sei. Er spricht sich ebenfalls für eine Erhöhung des Pauschalbetrages aus.

Herr Heuer stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Beschlussvorlage zur Beratung des eingereichten Änderungsantrages in den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. Herr Schubert bittet darum die Überweisung um den Ausschuss für Klima, Ordnung Umweltschutz und ländliche Entwicklung zu ergänzen.

**Abstimmung:**

Die **Überweisung** der DS 17/SVV/00806 inklusive des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE vom 29.11.2017 **in den Ausschuss für Finanzen** und den **Ausschuss für Klima, Ordnung Umweltschutz und ländliche Entwicklung** wird

einstimmig **angenommen.**

Herr Schubert bittet darum den zeitlichen Rahmen so zu legen, dass auch Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren an den Beratungen teilnehmen können.

#### **zu 4      **Verständigung zur Einwohnerfragestunde****

Der Oberbürgermeister verweist auf die als Tischvorlage ausgereicht Neufassung der Einwohnerfragestunde. Ein Fragsteller habe seine Frage zurückgezogen, die verbleibenden 3 Fragen werden von der Verwaltung beantwortet.

#### **zu 5      **Mitteilungen der Verwaltung****

##### **zu 5.1    **Ergebnis des Prüfauftrags zur ÖPNV-Anbindung in den nördlichen Ortsteilen gemäß Beschluss: 17/SVV/0623****

Der Oberbürgermeister eröffnet die Diskussion und weist auf das in der letzten Hauptausschusssitzung ausgereichte Schreiben dazu hin.

Frau Dr. Müller bemängelt, dass die Verkehrsbetriebe in Potsdam (ViP) die im Hauptausschuss besprochenen Aspekte nicht berücksichtigt haben. Die Buslinie zwischen Berlin Spandau und dem Hauptbahnhof Potsdam spiele in der Mitteilungsvorlage keine Rolle. Die Absprachen würden immer mit der gleichen Begründung, sie seien nicht wirtschaftlich, abgelehnt. Es müssen auch andere Aspekte als die Wirtschaftlichkeit in die Prüfung mit einbezogen werden. So werde man den Bewohnern der nördlichen Ortsteile nicht gerecht.

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, erklärt, es müsse das ÖPNV-Angebot insgesamt betrachtet werden. Die ViP könne zusätzliche Leistungen nur dann erbringen, wenn sie an anderer Stelle entfallen würden. Da der Gesamtumfang der Leistungen des ÖPNV ohne weiteres nicht geändert werden könne. Änderungen dieser Art können nur im Zuge der Fortschreibung des gesamten ÖPNV in Potsdam realisiert werden. Er bittet darum, die Anbindung der nördlichen Ortsteile als Prüfauftrag in den Nahverkehrsplan mit aufzunehmen.

Herr Rietz erklärt, dass eine direkte Busverbindung nicht zwingend nötig sei. Der Umstieg vom Bus auf die Tram klappe in der Kirschallee auch sehr gut. Der Umstieg sei problemlos möglich und es gebe auch keine längeren Wartezeiten. Eines von Potsdams Zielen sei es nun mal die Anzahl der PKWs zu verringern und dies gehe nur über den ÖPNV.

Herr Weber schließt sich den Aussagen von Herrn Rietz an. Die ViP habe ja auch zugesagt im Berufsverkehr weiterhin Busse Parallel zur Tram einzusetzen.

Herr Kaminski ergänzt, dass es sich bei den zugesagten Bussen um je 3 Busse morgens und abends handle und diese hauptsächlich zur Beförderung von Schülern gedacht seien.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass hier keine Beschlussvorlage zur Diskussion stehe. Die Verkehrsströme im Potsdamer Norden würden generell umstrukturiert werden, um einen besseren Umstieg zu ermöglichen. Der Umstieg vom Bus in die Tram sei auf gleichem Niveau und somit auch barrierefrei. Wie die Fahrpläne optimiert werden können, um beste Anschlüsse mit kurzen Wartezeiten zu realisieren, werde langfristig in einem Konzept erarbeitet.

Für die Erweiterung der Tramstrecke nach Norden seien darüber hinaus extra lange Niederflurstraßenbahnen beschafft worden.

**zu 5.2 Sponsoringbericht der Landeshauptstadt Potsdam 2015/2016**  
**Vorlage: 17/SVV/0808**

Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern

Der Oberbürgermeister bringt die Mitteilungsvorlage ein. Da kein weiterer Redebedarf besteht wird die Vorlage von den Mitgliedern des Hauptausschusses

**zur Kenntnis genommen.**

**zu 5.3 Bericht zur Korruptionsprävention 2016**  
**Vorlage: 17/SVV/0897**

Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt

Der Oberbürgermeister bringt die Mitteilungsvorlage ein. Da kein weiterer Redebedarf besteht wird die Vorlage von den Mitgliedern des Hauptausschusses

**zur Kenntnis genommen.**

**zu 5.4 Bericht zur Neubesetzung des Wirtschaftsrates**

Der Oberbürgermeister eröffnet den Tagesordnungspunkt und berichtigt den Betreff. Es gehe um den „Bericht des Wirtschaftsrates der Landeshauptstadt Potsdam 2015 bis 2017“. Anschließend übergibt er das Wort an Herrn Friederich, den Vorsitzenden des Wirtschaftsrates.

Herr Friederich bedankt sich bei allen im Wirtschaftsrat Mitwirkenden und gibt einen kurzen Überblick über die Geschehnisse der 1. Legislaturperiode des Rates sowie über die derzeit laufenden Entwicklungen.

In der Dezembersitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.12.2017 werde dann eine Vorlage für die Neubesetzung des Wirtschaftsrates auf der Tagesordnung stehen.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Herrn Friederich und dem Wirtschaftsrat für die gesetzten Impulse und die geleistete Arbeit.

**zu 6 Sonstiges**

**Umsetzung des Beschlusses zum „Mentoring-Programm für Fachbereichsleiterinnen“**

Krau Krusemark, Fachbereichsleiterin Recht, Personal und Organisation, berichtet über das seit 01.11.2017 angelaufene Mentoring-Programm zur Erhöhung der Frauenquote bei den Fachbereichsleitenden. Derzeit würden 6 von 18 Fachbereichen von Frauen geleitet werden.

Grundsätzlich sei zu sagen, dass die Auswahlverfahren nach gesetzlichen Bestimmungen ablaufen würden. Die Bestellung der Fachbereichsleitenden finde weiterhin nach Vorschlag des Oberbürgermeisters durch die Stadtverordnetenversammlung statt. Der rechtliche Rahmen sei also vorgegeben.

Um den Frauenanteil zu erhöhen, sollen Frauen gezielt motiviert werden sich zu bewerben. Es soll zusätzlich eine Umfrage erfolgen, um zu ermitteln, welche Frauen sich vorstellen könnten in einer Führungsposition zu arbeiten. Diese sollen dann ein spezielles Coaching erhalten.

Frau Armbruster befürwortet das Mentoring-Programm.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass es Jobs gebe, für die man nur schwer weibliche Bewerber finden würde.

Die Auswahl von Kandidatinnen mit Potenzial sei steuerbar, müsse jedoch rechtssicher bleiben. Dazu sollen die entsprechenden Personalauswahlprozesse bestmöglich angepasst werden.

Frau Armbruster bittet um halbjährige Berichterstattung im Hauptausschuss, was von Frau Krusemark zugesagt wird. Der erste Zwischenbericht soll im Juni 2018 erfolgen.

### **Biosphärenworkshop**

Herr Weise, Leiter der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen, berichtet über das Vorgehen zum Verfahren für die Zukunft der Biosphärenhalle. Zunächst werde eine Steuerungsgruppe, mit u. a. je einem Mitglied jeder Fraktion gebildet. Diese werde sich zum weiteren strategischen Vorgehen beraten. Als Termin für die erste Fach-/Gründungssitzung sei der 18.01.2017 geplant. Als 2. Schritt werde im Zeitraum März bis Juni 2018 ein geschlossenes Werkstattverfahren stattfinden, bei dem auch externe Berater beteiligt sein werden. Anschließend werde dann eine Bürgerbefragung erfolgen. Die gesammelten Ergebnisse sollen der Stadtverordnetenversammlung dann bis Februar 2019 vorgelegt werden. Über den aktuellen Stand werde regelmäßig im Hauptausschuss berichtet.

Im Anschluss an die darauffolgende Diskussion, sagt der Oberbürgermeister zu, dieses Thema als separaten Tagesordnungspunkt in der Hauptausschusssitzung am 13.12.2017 beraten zu wollen.

### **Montelino / Ribbeckeck**

Herr Schubert berichtet darüber, dass er vom Kinder- und Jugendcircus Montelino Potsdam e. V. einen Brief erhalten habe. In diesem Brief bringe der Verein seine Sorge über die aktuelle Unsicherheit bezüglich der Zukunft seines Standortes zum Ausdruck.

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.11.2017 würden Mitglieder vom Montelino anwesend sein und dort ebenfalls ihre Probleme vortragen. Im Ergebnis müsse man für den Zeltplatz Montelino eine neue alternative Ausweichfläche finden oder ihn auf dem jetzigen Standort belassen.

Bezüglich des Ribbeckecks seien erste Ideen bereits vorbereitet und auch schon einmal beraten worden. Ziel sei es, bis Ende des Jahres einen ersten Konzeptentwurf vorstellen zu können. Zu diesem Zwecke finde auch die Dezembersitzung des Jugendhilfeausschusses vor Ort im Ribbeckeck statt.



## **Vergabeverfahren Brauhausberg**

Herr Nicke, Geschäftsführer der GEWOBA, berichtet darüber, dass die Ausschreibung durch die ProPotsdam durchgeführt werde und die Bewerbungsfrist erst heute um 24:00 Uhr ende. Die Bewerberlage sehe gut aus. Er könnte jedoch noch keine abschließende Bewertung abgeben, da erfahrungsgemäß bis zum Ablauf der Frist noch einige Bewerbungen eingehen werden.